



ODENWALD KURIER

Zeitung der **DKP** für den Odenwald **Extra**
September 2022

Guten Tag!

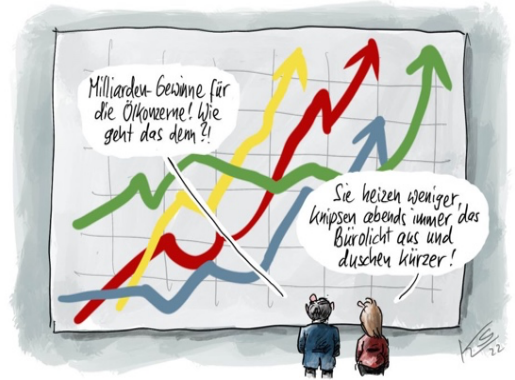
Sind Sie sicher, dass wir vernünftig regiert werden? Die Zeit, in der unsere Politiker noch das Gefühl vermitteln konnten, dass ihr Handeln zu unserem Wohle sei, ist vorbei. Während das Rüstungsgeschäft boomt und deren Aktionäre die Sektkorken knallen lassen, werden wir auf heftigste Einschränkungen eingeschworen.

Aus allen Kanälen tönt es: Es muss gespart werden! Ein ganzes Volk soll dazu verpflichtet werden, im Winter zu frieren. Auf gesundes und ausreichendes Essen zu Verzicht gibt es gratis dazu.

Wer muss verzichten?

Die deutschen Oligarchen, die Klattens, Quandts, Porsches, Piechs, Schaefflers,.... Die Intendanten der öffentlich-rechtlichen Sender, die Buhrows, Schlesingers, Belluts mit ihren sechstelligen Jahresgehältern, die Damen und Herren Volksvertreter mit einer „Entschädigung“ von monatlich 10.323,29 Euro plus Kostenpauschale von 4.583,39 Euro, der Wirtschaftsminister Habeck mit 16.400 Euro pro Monat und einer jährlichen steuerfreien Pauschale von 3.681 Euro. Was so viel ist, dass Habeck nach eigenen Worten gar nicht weiß wie er das Geld ausgeben soll. Nun, dieser Personenkreis und viele andere mehr, wie etwa die Manager des Energieunternehmens Uniper, das sich auf Kosten der Allgemeinheit retten lässt, werden sicher nicht „lernen müssen zu verzichten“. Die „Vergütung“ des Vorstandsvorsitzenden von Uniper beträgt im Übrigen, laut Geschäftsbericht in Summe 3,1 Millionen Euro,

die eines Vorstandsmitglieds 1,75 Millionen Euro. Wie lange lassen sich die Bürger dieses Landes derartige zynische Aussagen noch gefallen? Und wie lange lassen sich die Bürger eine Bundesregierung gefallen, der es gelungen ist das Land innerhalb von neun Monaten an den Rand des völligen Ruins zu bringen?



R. Weber

Liberales am Limit

Finanzminister Christian Lindner hat einen Gesetzesvorschlag vorgestellt, der 48 Millionen Menschen weiterhelfen soll. Mit diesem Vorschlag soll der „kalten Progression“ entgegengewirkt werden. Als kalte Progression wird eine steuerliche Mehrbelastung durch Lohnerhöhung bezeichnet, die aber wiederum wegen hoher Inflation nicht mehr Kaufkraft bedeutet. Erreicht werden soll dies durch Steuersenkung.

Da Lindner nicht als großer Menschenfreund bekannt ist, sondern als Erfüllungsgehilfe der deutschen Banken und Monopolkonzerne, hat die Sache natürlich einen Haken. Die größte Entlastung passiert nämlich nicht für die Menschen mit wenig Einkommen. Durch die Erhöhung der Steuerfreibeträge sparen Menschen mit einem Einkommen von 62.000 Euro dreimal so viel wie jemand mit dem Einkommen von 20.000 Euro. Porsche-Lindner liefert also mal wieder ordentlich ab.

Auch die Finanzierung dieser auf 10 Milliarden Euro geschätzten Steuererleichterung steht auf wackligen Füßen, da 15 Prozent der Kosten die ohnehin schon über beide Ohren verschuldeten Kommunen zahlen sollen. Wo diese das herholen sollen, weiß man nicht genau. Das Diktat der Schuldenbremse hat dazu geführt, dass den Kommunen ein sehr starker Sparzwang auferlegt wurde.

Investitionsstau in allen wesentlichen Bereichen wie Bildung, Kultur, Gesundheit, Sport und ÖPNV.

Die Schuldenbremse wurde eingeführt, weil der Staat in der Krise 2008 ganz dringend die Banken retten musste. Die konnten weiterhin Profite machen, dafür ist bei uns drum herum alles im Arsch. Super gelaufen. Das vorgeschlagene Gesetz wird den sozialen Kahlschlag weiter fortsetzen, unter dem Vorwand der Bekämpfung der Inflation.

Bei Lindners Steuertrick ist also alles dabei, was man so erwarten kann von Politikern, die offen Klientelpolitik machen. Diese Steuersenkung (die wir ja über Umwege bezahlen) bringt uns so gut wie nichts gegen die Inflation.

Was wir brauchen:

- Lohnerhöhung deutlich über Inflationsausgleich auf Kosten der Profite der Monopole
- Gesetzliche Preisstopps für Lebensmittel und Energie auf Kosten der Profite der Monopole
- Schutz für Mieter und Verbraucher
- Schließen aller Steuerschlupflöcher für Unternehmen

Was wir dafür machen müssen:

- Organisiert euch im Betrieb und der Gewerkschaft
- Organisiert euch in der SDAJ

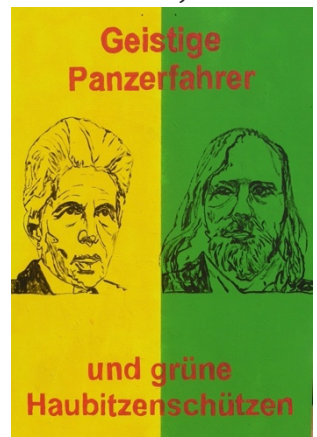
Auf die Hilfe der Ampelregierung brauchen wir nicht zu hoffen. Für unsere Interessen müssen wir selbst kämpfen.

Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) zu Inflationsausgleich

Wir werden hinters (Gas)-Licht geführt.

“Putin dreht rücksichtslos am Gashahn” (Vergessen ist Baerbocks verbaler Krieg gegen das russische Gas). Seit nunmehr 52 Jahren ist Russland Garant für zuverlässige und preiswerte Erdgaslieferungen an die Industrienation Deutschland. Und das sogar uneingeschränkt im sog. “Kalten Krieg”.

Wer aber an der Vorgeschichte interessiert und auch die eigenen Staatsapparate kritisch hinterfragt, wird schwerlich bestreiten können, dass die Grünen seit Jahren an der vordersten Front im Kampf gegen Russland stehen und das Warnen der grünen Außenministerin vor "Kriegsmüdigkeit" nicht zufällig so klingt, als sei Deutschland ganz offiziell Kriegspartei.



"In der internationalen Politik geht es nicht um Demokratie und Menschenrechte. Es geht um die Interessen von Staaten. Merken Sie sich das, egal, was man Ihnen im Geschichtsunterricht erzählt."

Heute sollten wir diese Worte Egon Bahrs an alle Deutschen richten. Denn die Regierung handelt unserer Meinung nach entweder höchst naiv oder fremdbestimmt. (Buch Fremdbestimmt, Fußnote 11: Sebastian Riemer, RNZ, Egon Bahr schockt die Schüler: "Es kann Krieg geben", 4. Dezember 2013)

Der Preis für Erdgas hat in den vergangenen 24 Stunden mit 2.861,6 US-Dollar pro tausend Kubikmeter einen neuen Rekord in der Geschichte der europäischen Gashandelsplätze erreicht. Dies geht aus Informationen der in London ansässigen Börse ICE hervor. 23.August 2022

Direktbezug von Gasprom, Preis bisher 250-300 US-Dollar pro 1000 m³.

Erst die Ukraine und jetzt auch noch Taiwan

„Es gibt nur einen Zweck dieses Besuchs, es ist eine riesige Provokation gegenüber der Volksrepublik China. China, die UNO und eigentlich die ganze Welt, auch die USA wissen und haben anerkannt, dass es nur ein China gibt.

In der Ukraine tobt der Krieg der NATO gegen Russland. Alle NATO-Länder haben die Diplomatie eingestellt und eskalieren mit Waffen und Sanktionen. Nun legen die USA zusätzlich Feuer an einer zweiten Lunte. Das ist Spiel mit dem Feuer, das ist Kriegstreiberei und nichts anderes. Pelosi hat nichts in Taiwan verloren. Die USA müssen sich für diesen Versuch die VR China zu demütigen entschuldigen. Deutschland muss sich von dieser gefährlichen Aktion öffentlich distanzieren.“

Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP

Spenden sind herzlich willkommen!

Sparkasse Darmstadt

Stichwort „ODENWALDKURIER“

IBAN: DE55 5085 0150 0018 0093 40

V.i.S.d.P.: Reinhold Fertig Hochstraße 31, 64720 Michelstadt

E-Mail rfan@mail.de